

Antrag SA 01: Jährliche Programmbestätigung durch den Landesparteitag

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Jährliche Programmbestätigung durch den Landesparteitag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt in der Landessatzung §14 folgenden Text als Absatz anzufügen:

Der Vorstand hat den Auftrag, das aktuell gültige Programm als Dokument zu pflegen und Änderungen einzuarbeiten. Außerdem reicht der Vorstand zum ersten Landesparteitag in jedem Kalenderjahr einen aktuellen Stand des Programmes beim Landesparteitag als Programmantrag ein, um diesen zu bestätigen und weitere Programmarbeit von früheren Anträgen und Protokollen unabhängig zu machen.

Begründung:

Um zu verhindern, dass das Programm in Zukunft wieder unübersichtlich wird, erhält der Vorstand diesen Auftrag zur Programmpflege. Das jährliche Bestätigen durch den Landesparteitag verhindert den Zustand, dass mehrere Jahre an Protokollen gesichtet werden müssen zum Prüfen der Korrektheit des Programmes.

Antrag SA 02:

Wahlprogrammerstellung durch den Vorstand

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Wahlprogrammerstellung durch den Vorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt in der Landessatzung §14 folgenden Text als Absatz anzufügen:

Der Landesvorstand hat den Auftrag, zum Wahlkampf in Form von Auszügen aus dem Saarlandprogramm ein Wahlprogramm im Rahmen der Kampagnenplanung zu erstellen. Beschlüsse hierzu können gefasst werden, wenn 2 von 3 Vorstandsmitgliedern zustimmen.

Begründung:

Zum Zeitpunkt meiner Antragsseinreichung habe ich festgestellt, das bislang kein einziger Antrag zum Wahlprogramm im Portal eingereicht wurde, die Abgabefrist ist nur noch einen Tag entfernt. Möglicherweise existieren Anträge, die nicht im Portal angelegt wurden und nur dem Vorstand vorliegen, zur Sicherheit möchte ich diesen Antrag einreichen um die Kompetenz zur Wahlprogrammerstellung dem Vorstand zu übertragen im Zuge der Wahlkampfplanung. Diesen Antrag ziehe ich zurück, wenn es tragfähige Anträge zum Wahlprogramm am Parteitag gibt.

Antrag SA 03.01: Einstimmige Wahlprogrammanpassung durch den Vorstand

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Einstimmige Wahlprogrammanpassung durch den Vorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt in der Landessatzung §14 folgenden Text als Absatz anzufügen:

Der Landesvorstand kann, bei einstimmiger Entscheidung, dem Wahlprogramm in der Wahlkampfphase Inhalte hinzufügen, wenn dies aus der aktuellen politischen Lage und der Wahlkampfsituation heraus notwendig und hilfreich ist. Eine solche Änderung muss klar aus dem bestehenden Programm ableitbar oder begründbar sein. Ein derartiger Beschluss muss zurückgenommen werden, wenn innerhalb von vier Wochen nach Inkrafttreten fünf von hundert der Landesmitglieder beim Vorstand gegen den Beschluss Einspruch eingelegt haben. Auf dem darauf folgenden Landesparteitag muss diese Änderung als Änderungsantrag für das Saarlandprogramm vorlegt werden.

Begründung:

Wir müssen im Wahlkampf eventuell flexibel auf tagesaktuelle Geschehnisse reagieren und sollten dem Vorstand hier die Kompetenz zugestehen, solche inhaltlichen Entscheidungen zumindest temporär zu treffen.

Antrag SA 03.02: Wahlprogrammanpassung durch den Vorstand

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Wahlprogrammanpassung durch den Vorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt in der Landessatzung §14 folgenden Text als Absatz anzufügen:

Der Landesvorstand kann mit einer Mehrheit von 2 von 3 Stimmen dem Wahlprogramm in der Wahlkampfphase Inhalte hinzufügen, wenn dies aus der aktuellen politischen Lage und der Wahlkampf-situation heraus notwendig und hilfreich ist. Eine solche Änderung muss klar aus dem bestehenden Programm ableitbar oder begründbar sein. Ein derartiger Beschluss muss zurückgenommen werden, wenn innerhalb von vier Wochen nach Inkrafttreten fünf von hundert der Landesmitglieder beim Vorstand gegen den Beschluss Einspruch eingelegt haben. Auf dem darauf folgenden Landesparteitag muss diese Änderung als Änderungsantrag für das Saarlandprogramm vorlegt werden.

Begründung:

Wir müssen im Wahlkampf eventuell flexibel auf tagesaktuelle Geschehnisse reagieren und sollten dem Vorstand hier die Kompetenz zugestehen, solche inhaltlichen Entscheidungen zumindest temporär zu treffen.

Antrag SA 04: Aufnahme von Neumitgliedern

Antragsteller/in: Rieger, Thorsten A. (vKV Neunkirchen)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Aufnahme von Neumitgliedern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der §3 der Landessatzung wird wie folgt geändert:

Neue Fassung:

§3 – Erwerb der Mitgliedschaft

(...)

(2) Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme von Neumitgliedern ab der Veröffentlichung des Termins einer Aufstellungsversammlung erst nach der entsprechenden Aufstellungsversammlung.

Alte Fassung:

§3 – Erwerb der Mitgliedschaft

(...)

(2) Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme von Neumitgliedern ab einem Zeitpunkt von 3 Monaten vor Aufstellungsversammlungen, erst nach den Versammlungen.

Begründung:

Die bisherige Formulierung ist problematisch, da der Termin einer Aufstellungsversammlung normalerweise mit weniger als 3 Monaten Vorlaufzeit festgelegt wird.

Antrag SA 05: SMV

Antragsteller/in: Gros, Christian (vKV Saarpfalz)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

SMV

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Absätze (6), (7) und (8) des §11 der Landessatzung werden ersatzlos gestrichen.

Alte Fassung:

§11

(...)

(6) Der Landesparteitag tagt daneben online als Ständige Mitgliederversammlung. Jeder Pirat im Landesverband Saarland hat das Recht, an der Ständigen Mitgliederversammlung teilzunehmen. Die Stimmberechtigung in der Ständigen Mitgliederversammlung richtet sich nach § 4 Absatz 4 Satz 1 der Bundessatzung. Die Einzelheiten des Verfahrens regelt die Geschäftsordnung der Ständigen Mitgliederversammlung.

(7) Die Ständige Mitgliederversammlung kann für den Landesverband über Parteiprogramme sowie verbindliche Stellungnahmen und Positionspapiere beschließen. Entscheidungen über die Satzung, die Schiedsgerichtsordnung, die Auflösung sowie die Verschmelzung mit anderen Parteien sind ausgeschlossen. Insoweit kann die Ständige Mitgliederversammlung nur Empfehlungen abgeben. Jegliche Abstimmungen und Wahlen von Personen über die Ständige Mitgliederversammlung sind unzulässig.

(8) Die Landesmitgliederversammlung beschließt die erste Geschäftsordnung der Ständigen Mitgliederversammlung, in der auch die Konstituierung der Ständigen Mitgliederversammlung geregelt ist. Nach der Konstituierung entscheidet die Ständige Mitgliederversammlung über ihre Geschäftsordnung selbst.

(...)

Begründung:

Meinem Kenntnisstand nach existiert diese ständige Mitgliederversammlung nicht, und selbst wenn, findet dort nichts statt. Darüber hinaus gibt es keine Notwendigkeit. Daher sollte diese Regelung entweder gestrichen werden oder vom Vorstand baldmöglichst eine Umsetzung gefordert werden.

Antrag PA 01.01:

Programmrestrukturierung

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Programmrestrukturierung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, das Parteiprogramm der Piratenpartei Saarland wie folgt neu zu ordnen:

- Grundsatzprogramm
- Saarlandprogramm
- Wahlprogramm
- Das Grundsatzprogramm ist die grundlegende Leitlinie der Piratenpartei Saarland.
- Das Saarlandprogramm ist die gesamte Programmatik der Piratenpartei Saarland.
- Das Wahlprogramm ist das Aushängeschild während eines Wahlkampfes. Auszugsweise werden aus dem Saarlandprogramm Teile als Wahlprogramm verwendet.
- Alle bisherigen Programmbeschlüsse aller Parteitage werden aufgehoben und sind somit obsolet.
- Ein neues Saarlandprogramm, Grundsatzprogramm und Wahlprogramm werden laut Vorlage beschlossen und gelten als gültiger aktueller Stand der Programmatik der Piratenpartei Saarland.
- Alle zukünftigen Programmanträge beziehen sich auf diesen neuen Stand und die späteren Revisionen und können somit nicht im Widerspruch zu früheren Anträgen stehen.
- Das neue Grundsatzprogramm besteht aus dem bisherigen Grundsatzprogramm, sowie aus dem Text "Ausrichtung und Profilierung der Piratenpartei Saarland".
- Das neue Saarlandprogramm liegt als Volltext vor und wurde erstellt aus allen bisherigen Programmanträgen seit Gründung des Landesverbandes.

Begründung:

Die bisherige Historie der Anträge ist schlecht dokumentiert, das aktuelle Programm war bisher nie als korrektes Gesamtdokument gepflegt und die Gesamtlage ist sehr unübersichtlich. Um zu validieren, ob das hier vorgestellte Programm gültig ist, muss man sich durch mehrere Jahre Parteitagsprotokolle und -anträge lesen und ein mittelkomplexes Puzzle zusammensetzen.

Diese Restrukturierung soll diesen Zustand bessern, einen klaren Punkt definieren und uns für den Wahlkampf mit einem übersichtlichen Programmdokument wappnen. Ergänzend wird es einen Satzungsantrag geben um hier für die Zukunft einen passenden Prozess zu liefern.

Dieser Programmantrag hat ausdrücklich und bewusst keine inhaltlichen Änderungen an der aktuellen Programmbeschlusslage zur Folge. Der eingereichte Antrag entspricht zu 100% dem aktuellen Programm des Landesverbandes. Änderungen sollen in zusätzlichen Anträgen eingereicht werden, sodass hier der kleinste gemeinsame Nenner als Vorlage geliefert wird und alle Änderungen in weiteren Anträgen transparent gestaltet werden können.

Antrag PA 01.02: Programmrestrukturierung

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Programmrestrukturierung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, das Parteiprogramm der Piratenpartei Saarland wie folgt neu zu ordnen:

- Grundsatzprogramm
- Saarlandprogramm
- Wahlprogramm
- Das Grundsatzprogramm ist die grundlegende Leitlinie der Piratenpartei Saarland.
- Das Saarlandprogramm ist die gesamte Programmatik der Piratenpartei Saarland.
- Das Wahlprogramm ist das Aushängeschild während eines Wahlkampfes. Auszugsweise werden aus dem Saarlandprogramm Teile als Wahlprogramm verwendet.
- Alle bisherigen Programmbeschlüsse aller Parteitage werden aufgehoben und sind somit obsolet.
- Ein neues Saarlandprogramm, Grundsatzprogramm und Wahlprogramm werden laut Vorlage beschlossen und gelten als gültiger aktueller Stand der Programmatik der Piratenpartei Saarland.
- Alle zukünftigen Programmanträge beziehen sich auf diesen neuen Stand und die späteren Revisionen und können somit nicht im Widerspruch zu früheren Anträgen stehen.
- Das neue Grundsatzprogramm besteht aus dem bisherigen Grundsatzprogramm.
- Das neue Saarlandprogramm liegt als Volltext vor und wurde erstellt aus allen bisherigen Programmanträgen seit Gründung des Landesverbandes.

Begründung:

Der Antrag unterscheidet sich nur durch den Absatz "Ausrichtung der Piratenpartei Saarland", auch bekannt als Leidantrag (bewusst so geschrieben), der in diesem Fall gestrichen ist

Antrag PA 02: Innere Sicherheit: Mehr Polizisten statt mehr Videoüberwachung

Antragsteller/in:	Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern) Weber, Gerd Rainer (vKV Neunkirchen)
Unterschrift:	_____
Status:	eingereicht

Innere Sicherheit: Mehr Polizisten statt mehr Videoüberwachung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich dafür ein, dass in den kommenden Jahren die Neueinstellungen bei der Polizei signifikant erhöht werden um dem bisherigen Stellenabbau und der bevorstehenden Überalterung unseres Polizeipersonales entgegenzuwirken. Die Anzahl der zukünftigen Einstellungen soll unter Berücksichtigung einer sinnvollen Personalplanung und nicht unter dem Diktat eines Stellenabbaus aus Kostenersparnisgründen erfolgen.

Begründung:

Die Piratenpartei Saarland will jedem Menschen das größtmögliche Maß an persönlicher Freiheit gewähren. Hierzu gehört allerdings auch, dass jeder, vor allem in ländlichen Gegenden, in Sicherheit leben kann. Diese Sicherheit wird vor allem durch eine höhere Polizeipräsenz erreicht. Der gegenwärtige diesbezügliche Kurs unserer Landesregierung ist vor allem von Stellenabbau und dem verstärkten Einsatz technischer Mittel, wie Videoüberwachung geprägt.

Antrag PA 03: Finanzpolitik: Mehr Personal für die Finanzbehörden

Antragsteller/in: Weber, Gerd Rainer (vKV Neunkirchen)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Finanzpolitik: Mehr Personal für die Finanzbehörden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich dafür ein, dass der Stellenabbau bei den saarländischen Finanzbehörden gestoppt wird, und dass in den Bereichen Steuerprüfung und Steuerfahndung die Personalstärke dem Bundesdurchschnitt angepasst wird.

Begründung:

Der gegenwärtige Stellenabbau bei den Finanzbehörden führt zu einer Vernachlässigung einer wichtigen hoheitlichen Aufgabe, der Sicherung von staatlichen Einnahmen. Eine Verzögerung in der Bearbeitung von Anträgen, bei der Steuerprüfung oder auch bei der Steuerfahndung kostet unser Land Geld.

Antrag PA 04: Universitäre Bildung: Sofortige Abkehr von Sparkurs bei der Universität des Saarlandes

Antragsteller/in: Weber, Gerd Rainer (vKV Neunkirchen)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Universitäre Bildung: Sofortige Abkehr von Sparkurs bei der Universität des Saarlandes

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich dafür ein, dass die Universität des Saarlandes bestmöglichst gefördert und unterstützt wird.

Die beschlossenen Einsparmaßnahmen sollen unverzüglich zurückgenommen werden.

Begründung:

Investitionen in die Bildung, und somit auch in die Universität, sind gleichzeitig Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Zudem müssen wir jungen Saarländerinnen und Saarländern die Möglichkeit offen halten im Saarland einen Universitätsabschluss zu erwerben, um sie gegebenenfalls danach auch in unserem Land zu halten. Hierzu benötigen wir eine Voll-Universität mit einem breiten Angebot an Studienfächern.

Antrag PA 05: Frühkindliche Bildung: Kostenfreie Kitas und Kindergärten

Antragsteller/in: Weber, Gerd Rainer (vKV Neunkirchen)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Frühkindliche Bildung: Kostenfreie Kitas und Kindergärten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich dafür ein, dass Kita- und Kindergartenplätze kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Dies ist ein wichtiger Schritt um Alleinerziehenden und nicht oder nur geringfügig beschäftigten Elternteile die Aufnahme sozialversicherter Beschäftigungen zu ermöglichen mit dem Ziel, dass nicht ein erheblicher Teil des Lohnes oder des Gehaltes für die Betreuung der Kinder aufgewandt werden muss.

Antrag PA 06: Alternativstimme

Antragsteller/in:	Gier, Holger (KV Saarlouis) Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)
Unterschrift:	_____
Status:	eingereicht

Alternativstimme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text zu ändern:

Neue Fassung:

Die PIRATEN fordern die Einführung des Sainte-Laguë/Schepers-Verfahrens mit Alternativstimme bei Landtagswahlen und eine Abschaffung der 5%-Hürde.

Das aktuell verwendete d'Hondt-Verfahren benachteiligt kleine Parteien gegenüber großen. Für Bundestagswahlen wurde daher schon in der 80er Jahren des letzten Jahrhunderts das Wahlverfahren auf Hare/Niemeyer umgestellt, inzwischen ist es aufgrund von Paradoxien in Hare/Niemeyer ein weiteres mal auf Sainte-Laguë/Schepers umgestellt worden. Diesem Fortschritt in der Fairness der Wahlverfahren sollte das Saarland folgen.

Darüber hinaus sollte das Wahlverfahren durch eine Alternativstimme demokratisiert werden. Aufgrund der im Parlament vorhandenen 51 Sitze liegt eine dadurch gegebene Prozenzhürde bei etwa 2%. Die Piratenpartei sieht nicht, dass eine Abschaffung der aktuellen 5%-Hürde zu einer Zersplitterung des Parlamentes führen würde, da kleinere Parteien dadurch nicht zusätzlich benachteiligt würden und diese aufgrund der natürlichen Prozenzhürde in einem sehr großen Ausmaß ins Parlament einziehen würden.

Um trotz geringer Prozenzhürde zu gewährleisten, dass noch immer taktisch und nicht nach Überzeugung gewählt wird, unterstützt die Piratenpartei die sogenannte Alternativstimme. Diese Alternativstimme kommt bei all den Wählern zum Zuge, deren erste Wahl bei Auswertung der Hauptstimmen an der durch die Sitzanzahl des Parlamentes bedingte 2%-Hürde gescheitert ist. Hat in diesen Fällen die Partei, welche mit Alternativstimme gewählt wurde, die 2%-Hürde der Hauptstimmen übersprungen, so wird die Alternativstimme den Stimmen der Partei hinzugerechnet und erst dann - ohne erneute 2%-Hürde - die Sitze verteilt.

Auf diese Weise wäre es jedem Wähler möglich, mit seiner Hauptstimme die Partei seiner Wahl zu wählen, ohne Angst haben zu müssen, dass seine Stimme überhaupt nicht mehr gehört wird, sollte die Partei seiner Wahl an der 2%-Hürde scheitern. Dabei betont die Piratenpartei besonders, dass sie nicht für eine Einführung einer 2%-Hürde im Zuge der Abschaffung einer 5%-Hürde steht, sondern lediglich eine 2%-Hürde die Konsequenz der Anzahl der Sitze im Parlament ist.

Alte Fassung:

Die PIRATEN fordern die Einführung des Sainte-Laguë/Schepers-Verfahrens mit Alternativstimme bei Landtagswahlen.

Das aktuell verwendete d'Hondt-Verfahren benachteiligt kleine Parteien gegenüber großen. Für Bundestagswahlen wurde daher schon in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts das Wahlverfahren auf Hare/Niemeyer umgestellt, inzwischen ist es aufgrund von Paradoxien in Hare/Niemeyer ein weiteres mal auf Sainte-Laguë/Schepers umgestellt worden. Diesem Fortschritt in der Fairness der Wahlverfahren sollte das Saarland folgen.

Darüber hinaus sollte das Wahlverfahren durch eine Alternativstimme demokratisiert werden. Die Piratenpartei erkennt an, dass eine 5%-Hürde zur Verhinderung der Zersplitterung des Parlaments geboten ist, so lange das Parlament auch politisch eine durch das Parlament gewählte Regierung stützen muss. Dies gilt umso mehr, als durch die Umstellung auf Sainte-Laguë/Schepers die natürliche Hürde für den Einzug in das Parlament bei etwa 1% (abhängig von den Wahlergebnissen der Konkurrenten) liegen würde.

So lange die Regierung des Saarlandes nicht direkt durch das Volk gewählt wird, sollte aber durch eine Alternativstimme dafür gesorgt werden, dass Wähler nicht taktisch, sondern nach ihrer Überzeugung wählen. Diese Alternativstimme kommt bei allen Wählern zum Zuge, deren erste Wahl bei Auswertung der Hauptstimmen an der 5%-Hürde gescheitert ist. Hat in diesen Fällen die Partei, welche mit Alternativstimme gewählt wurde, die 5%-Hürde der Hauptstimmen übersprungen, so wird die Alternativstimme den Stimmen der Partei hinzugerechnet und erst dann - ohne erneute 5%-Hürde - die Sitze verteilt.

Auf diese Weise wäre es jedem Wähler möglich, mit seiner Hauptstimme die Partei seiner Wahl zu wählen, ohne Angst haben zu müssen, dass seine Stimme überhaupt nicht mehr gehört wird, sollte die Partei seiner Wahl an der 5%-Hürde scheitern.

Begründung:

Damit Wahlen noch weiter demokratisiert werden können, ist es notwendig, dem Wähler die Möglichkeit zu geben, nach seinen Überzeugungen und nicht aus Taktik heraus zu wählen und eine Partei zu unterstützen, die eigentlich gar nicht den Überzeugungen entspricht. Dem sollte mit einer Abschaffung der 5%-Hürde entgegengewirkt werden. Da eine natürliche Prozenzhürde aufgrund der 51 im Parlament bei etwa 2% liegen würde, kann es immer noch passieren, dass die Partei, die ursprünglich gewählt wurde, eben doch nicht ins Parlament einziehen kann. Dem wirkt das Konzept der Alternativstimme entgegen.

Antrag PA 07: Open Government

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Open Government

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Transparenz ist nur möglich, wenn alle nachvollziehen können, wie Gesetze sowie Entscheidungen zustande kommen.

Öffentliche Daten sind wertvoll, sie werden mit hohem Aufwand erhoben, stehen aber oft nur Wenigen zur Verfügung.

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, die saarländische Verwaltung und Politik nach den Prinzipien von OpenGovernment umzugestalten, um direkte demokratische Mitbestimmung sowie eine aktive Informationspolitik zu gewährleisten.

OpenData:

Freier Zugang zu öffentlichen Daten erleichtert den Menschen im Saarland die Mitwirkung und demokratische Beteiligung, ob Neubebauung von Arealen, die Nutzung von Geodaten für landesweite Projekte oder Umwelt- und Verkehrsdaten. Wir setzen uns für eine umfassende Information der Bevölkerung sowie Integration bereits bestehender Open-Data-Projekten in die Portale der saarländischen Verwaltung ein.

OpenCommons:

Die PIRATEN fordern den freien Zugang zu öffentlich finanzierten Werken zur Wieder- und Weiterverwendung.

OpenAccess:

Wir erwarten die Umsetzung von Wissensfreiheit durch die Veröffentlichung von Archiven sowie der Ergebnisse staatlich oder kommunal geförderter Forschung und Entwicklung.

OpenAntrag:

Wir fordern, dass die Bürger Anträge an alle Abgeordneten direkt und online über eine entsprechende Plattform stellen können.

Begründung:

Transparenz und Informationsfreiheit sind Grundwerte der Piraten.

Antrag PA 08: Einführung eines Jugendparlamentes auf Landesebene

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Einführung eines Jugendparlamentes auf Landesebene

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piraten setzen sich für die Verankerung eines Jugendparlaments in der saarländischen Verfassung ein. Die gewählten Jugendlichen und deren Beschlüsse müssen konkreten Einfluss auf laufende Beratungsprozesse im saarländischen Landtag nehmen können. Die Kinder- und Jugendparlamente sind Beratungsgremien mit Rede-, Antrags- und aufschiebendem Vetorecht, welche die Interessen der Kinder und Jugendlichen gegenüber den bei Landtags- bzw. Bundestagswahlen gewählten Mandatsträgern vertreten. Die Kinder- und Jugendparlamente werden demokratisch durch alle im jeweiligen Wahlgebiet lebenden Kinder und Jugendliche, die das 21 Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gewählt.

Begründung:

Die Piraten stehen für möglichst geringe Hürden, demokratisch Einfluss auf der politische Geschehen zu nehmen. Besonders Kinder und Jugendliche werden dabei in Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, nicht einbezogen, was ein Kinder- und Jugendparlament auf Landesebene ändern könnte. Daneben soll es der Politikverdrossenheit, die auch Kinder und Jugendliche erleben, entgegenwirken.

Antrag PA 09: Whistleblowerschutz

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Whistleblowerschutz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die PIRATEN fordern den gesetzlichen Schutz von Personen, die für die Allgemeinheit wichtige Informationen aus einem geheimen oder geschützten Zusammenhang an die Öffentlichkeit bringen (Whistleblowing).

Wir streben die Einrichtung von unabhängigen Meldestellen an. Diese Meldestellen geben die Möglichkeit zur anonymen Weitergabe der Informationen.

Wir werden uns für eine Erweiterung der Pressefreiheit im Internet einsetzen. Dies soll dem Schutz der Produktion und Weitergabe von Online-Veröffentlichungen dienen.

Wir wehren uns auch gegen den Versuch, die Weitergabe von geleakten Daten als "Datenhehlerei" unter Strafe zu stellen. Wir sehen darin einen Abschreckungsversuch für potentielle Whistleblower, kritische Netzplattformen und investigative Journalisten.

Begründung:

Eigentlich reicht an der Stelle schon die Existenz von Edward Snowden als Begründung, genau genommen ist es sogar ein piratiges Axiom.

Antrag PA 10: Gegen die Vorratsdatenspeicherung

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Gegen die Vorratsdatenspeicherung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei Saarland spricht sich gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung, insbesondere der aktuell eingeführten, aus. Dabei wird jeder der informationellen Selbstbestimmung beraubt und ein Teil der Freiheit für eine ineffektive Maßnahme zerstört. Wir sehen den Schutz der Freiheit und der Privatsphäre als essentiell für eine freie und demokratische Gesellschaft und stellen uns daher gegen den Generalverdacht, dass jeder Mensch verdächtig ist.

Begründung:

Das ergibt sich quasi direkt aus dem Grundsatzprogramm, ich denke, das muss nicht mehr ausführlich begründet werden.

Antrag PA 11: Recht auf Verschlüsselung gewährleisten

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Recht auf Verschlüsselung gewährleisten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich dafür ein, dass das Recht auf Verschlüsselung der Verkehrs über das Internet und Telefon gewährleistet wird. Niemand sollte unter Verdacht gestellt werden, nur weil die eigenen Daten verschlüsselt werden.

Begründung:

Gerade in Zeiten einer datensammelfreudigen Regierung und der Idee dieser, dass jeder, der seine Daten verschlüsselt, automatisch etwas zu verbergen hat und wohlmöglich kriminelle Aktivitäten ausübt, ist ein solches Bekenntnis wichtig.

Antrag PA 12: Stärkung staatlicher Feiertage

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Stärkung staatlicher Feiertage

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei Saarland steht für eine klare Trennung zwischen Staat und Kirche. Da die meisten Feiertage jedoch kirchlicher Natur sind und auf dem Christentum beruhen, fordern die Piraten eine Stärkung staatlicher Feiertage im Vergleich zu religiösen. Dabei sollten religiöse Feiertage, die nicht in allen Bundesländern gefeiert werden, durch Feiertage wie den Tag des Grundgesetzes am 23. Mai, der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni oder der Gedenktag zum Fall der Mauer zwischen West- und Ost-Berlin am 9. November in gleicher Zahl ersetzt werden.

Begründung:

Die Piraten stehen für eine strikte Trennung zwischen Staat und Religion, dabei insbesondere der Kirche. Aus diesem Grund sprechen religiöse Feiertage dagegen und könnten daher durch staatliche Feiertage ersetzt werden. Weiterhin ist auch im Saarland ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung nicht katholisch bzw. christlich und daher sind rein religiöse Feiertage nicht mehr zeitgemäß.

Antrag PA 13: Lebenspartnerschaften

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Lebenspartnerschaften

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass der Begriff "Ehe" durch die "eingetragene Lebenspartnerschaft" ersetzt wird. Die auf der Ehe basierenden Rechte und Pflichten sind auf die "eingetragene Lebenspartnerschaft" zu übernehmen. Dabei soll diese Form der Lebenspartnerschaft auf alle Lebensmodelle unabhängig des Geschlechts oder der Anzahl der Partner übertragen werden.

Begründung:

Der Begriff der Ehe ist mittlerweile veraltet und stammt aus einer Zeit, in der die Ehe eine Verbindung zwischen zwei Personen zur Erzeugung und Aufzucht von Kindern war. Der Begriff einer gemeinsamen Partnerschaft umfasst aber einfach so viel mehr, dass er schlicht nicht mehr all das umfasst, was eine Beziehung bedeutet.

Antrag PA 14: Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen einen besonderen Schutz und Unterstützung durch den Staat und die Gesellschaft.

Wir bekennen uns zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab. Die Betreuung von Kindern, Alten und Menschen mit Assistenzbedarf ist besonders zu fördern.

Begründung:

Die Piratenpartei steht für eine pluralistische Gesellschaft. Daher sollte jeder Lebensstil über die gewünschte Form des einvernehmlichen Zusammenlebens ermöglicht werden.

Antrag PA 15: Freie Selbstbestimmung über Fortpflanzung

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Freie Selbstbestimmung über Fortpflanzung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piraten fordern, Verhütungsmittel für alle niedrigschwellig, anonym und möglichst kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Dies umfasst auch Kurse zur natürlichen Familienplanung. Notfallverhütungsmittel müssen grundsätzlich kostenfrei und unbürokratisch zugänglich sein. Die Entscheidung, eine Schwangerschaft auszutragen oder nicht auszutragen, obliegt der Schwangeren. Wir setzen uns für eine Vereinfachung des Adoptionsrechtes ein und fordern grundsätzlich die Möglichkeit für alle Menschen, Kinder zu adoptieren.

Begründung:

Jeder sollte die Möglichkeit haben, selbst über das eigene Sexualleben und die Fortpflanzung zu entscheiden. Dazu gehört, dass Verhütungsmittel möglichst ohne Hürden zugänglich sind, was alle medizinisch wirksamen Verhütungsmittel und Präventionsmaßnahmen betrifft. Gerade Menschen, denen weniger Geld zur Verfügung steht, werden dadurch gefördert und müssen nicht eine Schwangerschaft riskieren, was vor allem Jugendliche betreffen könnte. Die Entscheidung, wie mit einer möglichen Schwangerschaft zu verfahren ist, liegt außerdem in der Freiheit der Schwangeren. Weiterhin dürfen Menschen nicht aufgrund ihrer L(i)ebensweise im Adoptionsrecht diskriminiert werden.

Antrag PA 16: Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab.

Die Piratenpartei lehnt auf lange Frist gesehen die Erfassung des Merkmals "Geschlecht" durch staatliche Behörden ab. Übergangsweise kann die Erfassung seitens des Staates durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen. Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen. Geschlechtszuordnende Operationen an nichtzustimmungsfähigen Personen sind abzulehnen.

Begründung:

Die Piraten stehen für Pluralismus und die größtmögliche Freiheit für jedes Individuum, auch im Bereich der Geschlechter- und Familienpolitik.

Antrag PA 17: Gleichberechtigte Blutspende

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Gleichberechtigte Blutspende

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei fordert eine grundsätzlich Zulassung von MSM (Männern, die Sex mit Männern haben) und Sexarbeitern. Sie dürfen durch keinerlei Fristen, die länger sind als die, die für heterosexuelle Männer gelten, die nicht Safer Sex praktizieren (also 4 Monate), von der Blutspende ausgeschlossen werden.

Die Piratenpartei setzt sich für eine entsprechende Änderung des Transfusionsgesetz ein.

Begründung:

Inzwischen ist die Medizin so weit und die Infektionsrate an HIV von homosexuellen Männern und Sexarbeitern so gering, dass es kein Problem ist, auch diese Menschen zu einer Blutspende zuzulassen. Weitere Informationen und Argumente: <https://blue1337bloodblog.wordpress.com/2016/06/14/blut-blut-raeuber-saufen-blut-ausser-es-kommt-von-schwulen/>

Antrag PA 18: Homo- und Transphobie an Schulen bekämpfen

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Homo- und Transphobie an Schulen bekämpfen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei steht dafür, dass jeder Mensch seine sexuelle Orientierung und seine geschlechtliche Identität ohne Diskriminierung ausleben kann. Dabei sollten schon Kinder und Jugendliche über verschiedene Lebensformen aufgeklärt werden. Daher unterstützen die Piraten Projekte, die sich gegen Homo- und Transphobie, besonders an Schulen, einsetzen.

Begründung:

Die Piraten stehen für eine Vielfalt von Lebensformen, die diskriminierungsfrei nebeneinander existieren sollen. Daher sollte bereits im Schulalter die Problematik von Diskriminierung aufgrund der Lebensform angesprochen werden.

Antrag PA 19: Recht auf Namensänderung

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Recht auf Namensänderung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Wir wollen das Personenstandsgesetz reformieren, sodass jede Person das Recht hat, ihren Namen selbst zu wählen und behördlich zu ändern.

Begründung:

Jede Person sollte die Freiheit haben, den eigenen Namen selbst zu wählen, wenn Unzufriedenheit mit dem Alten besteht. Vor allem bei Personen, die trans sind, ist eine Namensänderung oftmals der erste Schritt zur Akzeptanz.

Antrag PA 20: Jokertage

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Jokertage

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass Schüler sich in einem Schuljahr zwei sogenannte "Jokertage" nehmen dürfen, an denen sie frei haben. Diese können sie auch in mehrere Schulstunden aufteilen. Diese Tage sollen zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienleben und Schule beitragen oder auch politische Aktivitäten fördern.

Begründung:

Schüler sind nun einmal auch nur Menschen mit dem Bedürfnis nach Familie oder wollen politisch aktiv werden, vor allem, wenn beispielsweise eine für die Schüler wichtige Demonstration an einem Tag unter der Woche ist oder eine Veranstaltung, die sie gerne besuchen würden. Da dies nicht ständig vorkommen soll, ist hier die Beschränkung auf zwei Tage pro Schuljahr gegeben.

Antrag PA 21: Kein pauschales Handyverbot an Schulen

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Kein pauschales Handyverbot an Schulen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piratenpartei steht für den zeitgemäßen und von Medienkompetenz begleiteten Einsatz von allen technischen Geräten. Dazu gehören auch mobile Endgeräte wie Handys und Smartphones, die an Schulen oftmals pauschal verboten werden. Die Piraten stehen gegen eine solche Verbotskultur an Schulen und fordern daher, zu prüfen, inwiefern Handys und Smartphones im und außerhalb des Unterrichts eingesetzt werden dürfen. Weiterhin stehen die Piraten gegen eine zu starke und bürokratische Regulierung von Handynutzung an Schulen.

Begründung:

Wir fordern mehr Medienkompetenz an Schulen, sodass ein pauschales Handyverbot an Schulen oder Handynutzungsverträge, die mehr regulieren und verbieten als sie das Gespräch über mobile Endgeräte anregen, dem nicht entspricht.

Antrag PA 22: Mitbestimmung an Schulen fördern

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Mitbestimmung an Schulen fördern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

In den staatlichen Schulen ist die Schulkonferenz das höchste Beschlussgremium. Außerdem ist zur Meinungsfindung eine internetgestützte Plattform für jede weiterführende Schule einzurichten, auf der Lehrer, Schüler sowie Eltern gleiches Antrags- und Diskussionsrecht haben. Die Abstimmung sollen dabei jedoch aufgrund der noch immer bestehenden Manipulationsgefahr bei Online-Abstimmungen vor Ort in Schulen durchgeführt werden. Grundschüler haben die Möglichkeit, ihre Anträge auch in analoger Form vorzubringen und diskutieren sowie abstimmen zu lassen. Langfristig gesehen ist auch eine Online-Abstimmung anzustreben.

Begründung:

Wir wollen die Mitbestimmung von Eltern und Schülern neben den Lehrern fördern, dies ist durch ein Antragstool möglich. Gerade das Internet bietet für Schüler, die sich sowieso tagtäglich dort bewegen, ein großes Potential zur Mitarbeit, weswegen wir dadurch eine basisdemokratische Entscheidungsfindung fördern könnten und jedem niedrigschwellig die Möglichkeit geben, sich an der Diskussion und der politischen Ebene des Schulwesens beteiligen zu können. Dabei sollen jedoch zunächst nur weiterführende Schulen mit einbezogen werden, da Grundschüler meistens noch sehr in ihrer Internetnutzung durch Eltern beschränkt werden, sodass diese ihr Antragsrecht auch ohne die Nutzung des Internets wahrnehmen können.

Antrag PA 23: Notenspiegel beibehalten

Antragsteller/in: Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Notenspiegel beibehalten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die Piraten sprechen sich gegen ein Verbot aus, dass nach Klassenarbeiten nicht mehr der Notenspiegel mitgeteilt werden darf. Im Sinne der Transparenz ist diese Anmerkung nichts Schädliches.

Begründung:

Schüler würden sich so oder so einen Notenspiegel mit anderen Schülern zusammen basteln, da hilft es warum auch immer man überhaupt auf diese Idee kam auch nicht, diesen einfach nicht mehr mitzuteilen. Außerdem sind pauschale Verbote definitiv nicht freiheitlich.

Antrag PA 24: Konsumentenschutz

Antragsteller/in: Gros, Christian (vKV Saarpfalz)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Konsumentenschutz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Saarlandprogramm folgenden Text zu ändern:

Neue Fassung:

Konsumierende schützen, gesundheitliche Risiken minimieren

Wir wollen Konsumenten einen risikobewussten informierten Umgang mit Rauschmitteln vermitteln. Das Wissen um Inhaltsstoffe und Beimengungen ist eine der Grundlagen risikoarmen Drogengebrauchs. Häufig ist die Gefahr durch Verunreinigungen und Beimengungen größer als die, die vom Rausch auslösenden Stoff ausgeht. Wir setzen uns dafür ein, dass Konsumenten anonym und sicher vor Strafverfolgung die Inhaltsstoffe der Substanzen bei zugelassenen Stellen mit "Drugchecking"-Programmen überprüfen können, um so Gesundheitsgefährdungen durch Überdosierungen und Beimengungen vorzubeugen.

Ergebnisse der Substanzprüfungen durch die Prüfstellen, sowie der von den Sicherheitsbehörden durchgeführten Tests sollen veröffentlicht werden. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf sogenannte "legal Highs" gerichtet werden, deren Konsum mit erheblichen Risiken verbunden sein kann.

Alte Fassung:

Drug-Checking

Wir setzen uns dafür ein, dass Drug-Checking Initiativen ermöglicht werden. Menschen, die von Drug-Checks Gebrauch machen wollen, müssen dies anonym und ohne eventuelle strafrechtliche Konsequenz tun können. Die Standorte des Drug-Checking (sowohl feste Standorte als auch temporäre Standorte bei z. B. Festivals) sollen mit entsprechend Zuständigen festgelegt werden.

Begründung:

Dieser Antrag ist an geeigneten Stellen konkreter an anderen freier auslegbar verfasst, zudem sind neuere Entwicklungen wie die Problematik der legal Highs enthalten, die bereits mehrfach tragische Erwähnung fanden.

Antrag PA 25: Suchtpolitik

Antragsteller/in: Gros, Christian (vKV Saarpfalz)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Suchtpolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Wahlprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Das Menschenbild der Piratenpartei erlaubt den Blick auf Rausch als festen Bestandteil menschlichen Verhaltens. Ein generelles Verbot von rauschwirksamen Substanzen lehnen wir ab. Information, Forschung und Aufklärung halten wir für die Säulen einer vernünftigen Drogenpolitik.

Die auf Prohibition abzielende repressive Drogenpolitik in Deutschland ist gescheitert. Sie kann nicht verhindern, dass auch weiterhin Drogen konsumiert werden, teilweise mit schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen. Problemen, die durch ein selbstschädigendes Suchtverhalten auftreten, soll durch Hilfe, Unterstützung und Beratung, aber nicht durch strafrechtliche Verfolgung entgegengewirkt werden. Die Prohibition führt dazu, dass Menschen mit problematischem Drogenkonsum aus Angst vor Strafverfolgung keine Hilfe bei entsprechenden Einrichtungen suchen und sich diesen nicht anvertrauen.

Begründung:

Der Krieg gegen die Drogen ist gescheitert. Das wissen wir und haben deshalb auf Bundesebene entsprechende Passagen im Programm. Dieser Antrag (und die weiteren folgenden Anträge) formulieren diese noch recht vagen Passagen konkreter aus und ermöglichen uns so eine fortschrittliche Positionierung zum Thema Sucht- und Drogenpolitik.

Antrag PA 26: Präventionsarbeit: Problembewusstsein stärken, riskanten Konsum verhindern

Antragsteller/in:	Gros, Christian (vKV Saarpfalz) Laux, Lea (vKV Merzig-Wadern)
Unterschrift:	_____
Status:	eingereicht

Präventionsarbeit: Problembewusstsein stärken, riskanten Konsum verhindern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Saarlandprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Wir wollen Menschen dabei unterstützen, einen risikobewussten Umgang mit Rauschmitteln zu lernen. Neben dem selbstverständlichen Jugendschutz ist Aufklärung und Begleitung notwendig.

Flankierend wollen wir an saarländischen Schulen ein Unterrichtsmodul einführen, das den Gebrauch bewusstseinsverändernder Substanzen im historisch-kulturellen und psychosozialen Kontext erarbeitet. Ziel dieses Unterrichts wird es sein, mündigen Konsumenten Werkzeuge zur Selbstkontrolle aufzuzeigen. Diese Präventionsarbeit in Schulen kann jedoch nur dann gelingen, wenn vom Abstinenzdogma abgerückt wird.

Begründung:

In diesem Antrag geht es darum, wie bereits im Bundesprogramm vorgesehen, das Risikobewusstsein zu schaffen. Dies lässt sich flächendeckend am ehesten an Schulen realisieren. Im Gegensatz zu den aktuellen Präventionsmaßnahmen soll aber aufgeklärt statt abgeschreckt werden.

Antrag PA 27: Suchtarbeit

Antragsteller/in: Gros, Christian (vKV Saarpfalz)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Suchtarbeit

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Saarlandprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Wir fordern, die finanziellen Mittel des Landes für Hilfsangebote in der Suchthilfe deutlich aufzustocken, sowie niedrigschwellige Angebote, mehr Schutzräume in denen schwer Suchtkranke passende Hilfsangebote erhalten und mehr Fachpersonal. Die therapeutische Arbeit wird dabei bisher illegale/legale Rausch auslösende Substanzen und nicht stoffgebundene Süchte gleichberechtigt einschließen. Die finanziellen Mittel sollen im Jahresrhythmus den gewonnenen Erkenntnissen und den Entwicklungen angepasst werden.

Wir wollen alle Möglichkeiten, die das BtMG jetzt schon bietet, tatsächlich und im für das Saarland notwendigen Umfang anwenden.

Begründung:

Hierbei geht es um Abschnitt 2 des BtMG (§ 3 - § 10, mit besonderem Augenmerk auf die letzten 3 Paragraphen, die die Abgabe und Einrichtung von Schutzräumen regeln sollen). Das Problem ist hierbei die mangelnden Mittel, weshalb eine Suche nach Hilfsangeboten wie Substitutionsangeboten meist eher erfolglos bleibt und Betroffene in die Psychiatrie verfrachtet werden, wo speziell geschultes Personal eher selten als der Regelfall scheint.

Antrag PA 28: Senkung der Kosten der Strafverfolgung

Antragsteller/in: Gros, Christian (vKV Saarpfalz)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Senkung der Kosten der Strafverfolgung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Saarlandprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Das Bundesverfassungsgericht hat der Politik eine klare Vorgabe erteilt, was den Besitz geringer Mengen Cannabis betrifft. Wir wollen diese Vorgabe zur Entlastung der Strafverfolgungsbehörden umsetzen, um die so gewonnenen Kapazitäten in anderen Bereichen der Kriminalität einzusetzen.

Begründung:

Hierbei geht es um eine weiter fassende Umsetzung des sog. "Cannabis-Beschlusses" (BVerfGE 90, 145)

Antrag PA 29: Schritte auf dem Weg zur Cannabislegalisierung

Antragsteller/in: Gros, Christian (vKV Saarpfalz)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Schritte auf dem Weg zur Cannabislegalisierung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt im Saarlandprogramm folgenden Text an geeigneter Stelle einzufügen:

Die saarländischen Piraten sehen die Legalisierung des Besitzes, Erwerbs und Anbaus von Cannabis als ersten Schritt auf dem Weg einer informierenden, eigenverantwortlichen und nicht repressiven Drogenpolitik. Für die gewerbliche Abgabe schlagen wir Formen des staatlich organisierten Anbaus bzw. des legalen Anbaus unter staatlicher Kontrolle mit Abgabestellen ähnlich der Tabak- und Alkoholabgabe mit Jugend- und Verbraucherschutz vor, in denen jeder Erwachsene Cannabis inklusive Beratung und Qualitätssicherung erhalten und konsumieren kann.

Cannabis Social Clubs sind gemeinnützige offiziell eingetragene Vereine, in denen erwachsene Mitglieder den Anbau einer auf den erwarteten Bedarf der Mitglieder begrenzten Menge Cannabis für ihren Eigenbedarf organisieren.

Alle Saarländer sollen so bis zu 10 Pflanzen Cannabis anbauen, ernten und lagern dürfen. Die Ware wird geprüft und kann in den Verkehr gebracht werden. Jeder Kreis bekommt mindestens 2 Abgabestellen. Der Zugang zu natürlichem Cannabis oder extrahierten Konzentraten als Medizin soll den Patienten direkt und schnell ermöglicht werden. Wegen der chronischen Unterversorgung des Marktes für medizinisches Cannabis sollen Patienten mit ärztlicher Verschreibung schnellstmöglich straffrei zur Eigenversorgung anbauen dürfen, oder sich in Social Clubs organisieren, um ihre Versorgung zu sichern.

Solange der Konsum und Anbau illegal sind, übernehmen diese gemeinnützigen Vereine wichtige Präventionsarbeit durch Aufklärung über die Wirkweise, Konsumformen und mögliche negative Auswirkungen des Konsums und Besitzes der noch illegalen Droge.

Begründung:

Dieser Antrag bildet sozusagen den krönenden Abschluss und kann gleichsam als Herzstück der Drogen- und Suchtpolitik angesehen werden. Er regelt den Anbau in CSCs, eine Kontrolle für die Abgabe und bis dahin eine Sicherstellung der Versorgung von Patienten, da es insbesondere hier immer wieder zu Versorgungslücken kommt. Zudem kann dadurch in der Gesellschaft eine beitere Akzeptanz und Toleranz gegenüber Cannabis geschaffen werden.

Antrag PA 30: Streichung: Neudefinierung der Begriffsbestimmung

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Streichung: Neudefinierung der Begriffsbestimmung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, den Abschnitt "Neudefinierung der Begriffsbestimmung" aus dem Saarlandprogramm zu entfernen.

Aktuelle Fassung (nicht Teil des Antrags):

Neudefinierung der Begriffsbestimmung

Die Piratenpartei fordert eine Neudefinierung der Begriffsbestimmung von Zutaten.

Begründung:

Der Programmpunkt ist nicht erläutert und in der vorliegenden Form nicht verständlich. Auch ist nicht bekannt, ob das dahinter stehende Problem noch existiert. Was genau das Problem ist, welches hier angepasst werden soll, ist mir ebenfalls nicht bekannt. Ich beantrage die Streichung, in der Hoffnung, dass die Forderung erneut mit besserer Erläuterung als Neuantrag ins Programm aufgenommen werden kann.

Antrag PA 31: Streichung: Sparkassengesetz

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Streichung: Sparkassengesetz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt den Absatz "Sparkassengesetz" aus dem Programm zu entfernen.

Aktuelle Fassung (nicht Teil des Antrags):

Sparkassengesetz

Nach einer Selbstverpflichtung der Banken wurde kein bundesweiter Anspruch (Kontrahierungszwang) auf ein Guthabenskonto ("Jedermannskonto") verabschiedet.

Deren Umsetzung wird jedoch kontrovers diskutiert, so daß die Länder Bayern, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in ihren Sparkassengesetzen diesen Anspruch eingefügt haben.

Ein Konto für den bargeldlosen Zahlungsverkehr (Girokonto) gehört zur Teilhabe an der Gesellschaft, da es vielfach nicht möglich ist, anderweitig Zahlungen zu leisten oder zu empfangen.

Die PIRATEN haben sich vielfach klar für die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ausgesprochen. Aus diesem Grund werden sie sich auch im Saarland für die Aufnahme eines Guthabenskontos mit Kontrahierungszwang einsetzen.

Begründung:

Es existiert inzwischen ein Kontomodell mit Kontrahierungszwang für alle Banken, Schufa-Prüfungen sind dabei nicht zugelassen. Es handelt sich meines Wissens nicht um ein reines Guthabenskonto, nach meinem Verständnis war das jedoch nicht der Kern des Programmpunktes sondern ein Kompromiss: "Jeder erhält ein Konto, im Zweifel eben ohne Dispo".

Somit ist dieser Absatz obsolet geworden.

Antrag PA 32: Neuformulierung: Wegfall des Friedhofzwanges für Urnenbestattungen

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Neuformulierung: Wegfall des Friedhofzwanges für Urnenbestattungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, den Abschnitt "Wegfall des Friedhofzwanges für Urnenbestattungen" im Programm neu zu formulieren.

Neue Fassung:

Der Friedhofszwang für Urnenbestattungen stellt einen unzulässigen Eingriff des Staates in das private Verhältnis zwischen Toten und Hinterbliebenen dar und verletzt daher Art. 2 des Grundgesetzes. Gelten für Erdbestattungen Rechte des Gesundheitsschutzes, so geht jedoch von der Asche keinerlei Gefahr aus.

Nur in Deutschland, Italien und Österreich herrscht ein derart rigoroser Friedhofszwang, in sonstigen Staaten ist die Totenruhe freiheitlicher geregelt. Die Piratenpartei tritt dafür ein, dies auch in Deutschland zu liberalisieren.

Die Aufbewahrung der Urne im häuslichen Bereich oder beigesetzt im eigenen Garten erleichtert vielen Menschen die Trauerarbeit. Die Art und Form der Urnenbestattung dient somit auch der individuellen Trauerarbeit. Der Wunsch des Verstorbenen aber auch der Angehörigen, die Bestattung auf individuelle Weise durchzuführen, spiegelt gemeinsame Erlebnisse, die Liebe zur Natur, zum Wasser oder vielleicht zum Apfelbaum im eigenen Garten wieder.

Alte Fassung:

Der Friedhofszwang für Urnenbestattungen stellt einen unzulässigen Eingriff des Staates in das private Verhältnis zwischen Toten und Hinterbliebenen dar. Der Friedhofszwang verletzt dadurch Art. 2 des Grundgesetzes sowie Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Diese Rechte gewähren die freie Entfaltung der Persönlichkeit und verlangen die Achtung des Privat- und Familienlebens. Zwar schränken gesetzliche Bestimmungen auch Freiheitsrechte der Bürger ein, diese müssen aber durch den Schutz höherer oder zumindest gleichwertiger Rechtsgüter begründbar sein. Gelten für Erdbestattungen Rechte des Gesundheitsschutzes, so geht jedoch von der Asche keinerlei Gefahr aus. Bedenken hinsichtlich möglicher radioaktiver Substanzen im Zusammenhang mit medizinischen Maßnahmen sind unbegründet. Die Strahlenschutzverordnung in der Medizin legt fest, welche Bestimmungen bei der Bestattung von mit radioaktiven Substanzen behandelnden Verstorbenen zu beachten sind. Prinzipiell

werden bei medizinischen Behandlungen nur Isotope verwendet, die nach wenigen Tagen zerfallen sind und grundsätzlich nur geringfügig strahlen (sonst stirbt der Patient) Vor diesem Hintergrund steht eine Tote, die wenige Tage nach seinem Tod eingeäschert wird in keiner Weise in einem gesundheitsschädlichen Ausmaß! (Prof. Dr. Heinz Folkerts, Professor für Strahlenschutz an der HTW des Saarlandes) Andere Gefahren, wie Medikamentenrückstände oder Kontamination mit Erregern sind ohnehin durch die Einäscherung ausgeschlossen.

Da nur in Deutschland, Österreich und Italien ein solch rigoroser Friedhofszwang herrscht, dürfte rechtsvergleichend klar sein, dass gleich- oder höherwertige Rechtsgüter zur Rechtfertigung der Freiheitseinschränkung nicht existierten. Die wahren Gründe für den Friedhofszwang liegen eher in verdeckten finanziellen Erwägungen. Die Kommunen und Gemeinden müssen zunehmend die Kosten für Bestattungen übernehmen, da die Angehörigen der Verstorbenen diese Kosten nicht mehr tragen können. Eine würdige alternative Bestattungsform, insbesondere für wirtschaftlich schlechter gestellte Menschen scheint ohnehin unumgänglich.

Der Begriff der Totenruhe ist ein abstrakter Begriff, der seinen Sinn verliert, sobald der Verstorbene etwas anderes verfügt hat. Außerdem handelt es sich bei der Asche nicht um einen Toten, da der Leichnam mit der Kremierung entwidmet wurde und somit die Totenruhe faktisch endet. Bei Organspendern, Plastinationen, Obduktionen, Exponaten für die medizinische und chirurgische Lehre, sowie nach Ablauf der Grabliegezeiten ist die Totenruhe ohnehin schon widersprüchlich ausgelegt, insbesondere wenn mit islamischen oder jüdischen Gebräuchen verglichen wird, die eine ewige Ruhepflicht kennen.

Die Aufbewahrung der Urne im häuslichen Bereich oder beigesetzt im eigenen Garten erleichtert vielen Menschen die Trauerarbeit. Die Art und Form der Urnen- bzw. Aschebestattung dient somit auch der individuellen Trauerarbeit. Der Wunsch des Verstorbenen aber auch der Angehörigen, die Bestattung auf individuelle Weise durchzuführen, spiegelt gemeinsame Erlebnisse, die Liebe zur Natur, zum Wasser oder vielleicht zum Apfelbaum im eigenen Garten wieder.

Begründung:

Im Text wird zu abschweifend um das Thema herumlabiert, der neue Text soll dies besser auf den eigentlichen Punkt bringen. Auch der Vorwurf, die aktuelle Regelung diene wirtschaftlichen Zwecken, sollte nicht ohne Beleg so in den Raum gestellt werden.

Antrag PA 33: Neuformulierung: Barrierefreies Notrufsystem

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Neuformulierung: Barrierefreies Notrufsystem

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt den Text des Absatzes "Barrierefreies Notrufsystem" wie folgt anzupassen:

Neuer Fassung:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich für die flächendeckende Einführung eines barrierefreie Notruf- und Informationssystem ein.

Alte Fassung:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich für die zeitnahe, flächendeckende und barrierefreie Einführung eines Notruf- und Informationssystem per Mobilfunk ein.

Begründung:

Nicht die Einführung, sondern der Notruf soll barrierefrei sein. Außerdem sollte man sich nicht auf eine Technologie festlegen, sondern ergebnisoffen die beste Lösung des Problems suchen.

Antrag PA 34: Neuformulierung: Gartenallmende

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Neuformulierung: Gartenallmende

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt den Absatz "Gartenallmende" neu zu formulieren:

Neue Fassung:

Die Piratenpartei Saarland befürwortet die Schaffung von Gemeinschaftsgärten in saarländischen Städten, Gemeinden und Kommunen.

Alte Fassung:

Die Piratenpartei Saarland befürwortet die Schaffung von sogenannten "Gartenallmenden" in saarländischen Städten, Gemeinden und Kommunen.

Begründung:

Der Begriff Gemeinschaftsgärten ist für mehr Menschen ohne vorheriges Nachschlagen verständlich und Verständlichkeit sollte eine wichtige Priorität bei der Programmerstellung sein.

Antrag PA 35: Neuformulierung: Barrierefreier Saarländischer Rundfunk

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Neuformulierung: Barrierefreier Saarländischer Rundfunk

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, den Absatz "Barrierefreier Saarländischer Rundfunk" durch folgenden zu ersetzen:

Die Piratenpartei Deutschland Landesverband Saarland setzt sich für eine durchgehende Untertitelung und Audiodescription im Programm des Saarländischen Rundfunks ein. Desweiteren fordern wir eine echte 1:1 Untertitelung, ohne Verkürzungen. In allen Sendungen, mit Ausnahme von Spielfilmen, soll ein Gebärdensprachdolmetscher zusätzlich zum Angebot der Untertitel in ausreichender Größe eingeblendet werden. Nach technischer Möglichkeit optional ausblendbar durch den einzelnen Zuschauer. Die Einblendung von Gebärdensprachdolmetschern beginnt mit der Sendung "Aktueller Bericht" und wird kontinuierlich, wie bei den Untertiteln, ausgebaut. Dem Saarländischen Rundfunk sind für die Umsetzung genug Personal und finanzielle Mittel aus den Einnahmen des Gemeinsamen Beitragsservice von (ARD), des Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) und des Deutschlandradio zur Verfügung zu stellen.

Aktuelle Fassung (nicht Teil des Antrags):

Die Piratenpartei Deutschland Landesverband Saarland setzt sich für die deutliche Erhöhung der Untertitelung und Audiodescription im Programm des Saarländischen Rundfunks ein. Desweiteren fordern wir eine echte 1:1 Untertitelung, ohne Verkürzungen. In allen Sendungen, mit Ausnahme von Spielfilmen, soll ein Gebärdensprachdolmetscher zusätzlich zum Angebot der Untertitel in ausreichender Größe eingeblendet werden. Nach technischer Möglichkeit optional ausblendbar durch den einzelnen Zuschauer. Die Einblendung von Gebärdensprachdolmetschern beginnt mit der Sendung "Aktueller Bericht" und wird kontinuierlich, wie bei den Untertiteln, ausgebaut. Dem Saarländischen Rundfunk sind für die Umsetzung genug Personal und finanzielle Mittel aus den Einnahmen des Gemeinsamen Beitragsservice von (ARD), des Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) und des Deutschlandradio zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Prinzipiell stimme ich dem Antrag zu, jedoch sollten wir keine "deutliche Erhöhung" sondern eine durchgehende Barrierefreiheit fordern.

Antrag PA 36: Neuformulierung: Plastiktüten

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Neuformulierung: Plastiktüten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, den Absatz "Plastiktüten" wie folgt zu ersetzen:

Müllreduzierung beim Einkauf

Die Piratenpartei Saarland fordert ein Verbot von Einwegtaschen. Eine Abschaffung von Einwegplastiktüten darf nicht auf Kosten der Umwelt gehen, wenn die Papiertüte als Alternative weitaus schädlicher ist. Daher fordern wir Aufklärungskampagnen sowie eine Förderung von Mehrwegalternativen. Einwegtragetaschen sollen durch stabilere, mehrfach verwendbare, Taschen aus Baumwolle, Jute oder weiterhin Kunststoff ersetzt werden. Von Bedeutung ist nur sekundär das Material, primär die erzeugte Müllmenge.

Aktuelle Fassung (nicht Teil des Antrags):

Plastiktüten

Die Piratenpartei Saarland fordert ein Verbot der unentgeltlichen Abgabe von Kunststofftragetaschen

Begründung:

Die Papiertüten stehen in der Energiebilanz deutlich schlechter da als Kunststofftaschen. Ein Verbot von Kunststofftragetaschen geht daher völlig am Problem vorbei. Kunststoff ist kein per se schlechter Werkstoff, die Müllberge müssen durch einen Wandel zum Mehrweg reduziert werden.

<http://www.br.de/radio/bayern1/inhalt/experten-tipps/umweltkommissar/umwelt-plastik-papier-tuete-100.html>

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/tragetaschen-plastik-statt-jute-1663261.html>

<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/geld-ausgeben/nachrichten/einkaufstuete-n-die-plastiktuete-ist-besser-als-ihr-ruf-12870192.html>

Antrag PA 37: Neuformulierung: Botanischer Garten

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Neuformulierung: Botanischer Garten

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, den Abschnitt "Botanischer Garten" wie folgt neu zu verfassen:

Die Piratenpartei Saarland setzt sich für die Neuerrichtung eines saarländischen botanischen Gartens ein. Der botanische Garten war eine wichtige Einrichtung für die Bildung im Saarland und sollte, mit neuem Konzept und an einem neuen Standort wieder errichtet werden. Es wird viele Jahre dauern, den alten Bestand wieder zu erlangen, doch sollte es als langfristige Aufgabe für zukünftige Generationen betrachtet werden, dieses Kulturgut auch in unserem Bundesland wieder einzurichten.

Aktuelle Fassung (nicht Teil des Antrags):

Die Piratenpartei Saarland setzt sich für den Erhalt des botanischen Gartens ein. Hierzu wird der botanische Garten zukünftig Teil des Deutsch-Französischen Gartens und dieser um ein Areal erweitert. Dort stünde dann, neben einer größeren Fläche für die Pflanzenwelt, auch ein größeres Publikum zur Verfügung.

Im Zusammenspiel mit dem Deutsch-Französischen Garten würde dadurch gleichzeitig auch die Attraktivität des Standorts erhöht. Als dann städtische oder Landes-Einrichtung kann der botanische Garten als kulturelle Bildungseinrichtung auch mit Mitteln aus dem Kulturfonds der Landesregierung gefördert werden.

Begründung:

Der botanische Garten wurde inzwischen durch unsere Landespolitik zerstört, ein "Erhalt" ist also nicht mehr möglich. Außerdem sollte man ergebnisoffen Standorte und Konzepte betrachten und sich hier nicht auf eine einzelne Option einschränken.

Antrag PA 38: Streichung: Verbot von Glyphosat (Roundup)

Antragsteller/in: Caspari, Uwe (vKV Saarbrücken)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Streichung: Verbot von Glyphosat (Roundup)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Es wird beantragt, den Absatz "Verbot von Glyphosat (Roundup)" ersatzlos zu streichen.

Begründung:

<http://www.gwup.org/infos/nachrichten/1812-vernunft-statt-angstmache>

Antrag AP 1: ÖPNV als Instrument der Umsetzung der Elektromobilität

Antragsteller/in:	Braunshausen, Bernd (vKV Neunkirchen) Ogodo-Bach, Omoniyi (vKV Neunkirchen) Tacke, Martin (vKV St. Wendel)
Unterschrift:	_____
Status:	eingereicht

ÖPNV als Instrument der Umsetzung der Elektromobilität

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Piratenpartei fordert die Umleitung aller Fördermittel, die an die Autoindustrie gezahlt werden, in den Aufbau einer Fahrdrahtinfrastruktur für den ÖPNV.

Begründung:

Batterien:

Aktuelles Hindernis zur tatsächlichen Umsetzung der Elektromobilität ist das Problem der Energiespeicherung. Eine richtige Lösung ist nicht in Sicht, obwohl Projekte in dreistelligen Milliardenhöhe (z. B. Boeing 787) von funktionierenden Batterien abhängen.

Drahtgebunden:

Der ÖPNV funktioniert über festgelegte Fahrwege, sei es schienengebunden oder auf der Straße. Dies eröffnet die Möglichkeit, Energieversorgung über Draht sicherzustellen. Diese Technik ist nicht innovativ, aber effektiv und umsetzbar.

(Trolleybusprojekt SB von 2013:

angedachte Strecke: 6.8 km

Kostenschätzung Fahrleitung (Fa. Kümmler&Matter): 4.1 M€

=> km-Preis 2spurige Fahrleitung: 600 k€

Für die 2 G€, die unspezifiziert an die Autoindustrie gezahlt worden sind, hätte man also ca. 3000 km Fahrleitung bauen können.

Antrag SoA 01:

Geschlechtergerechtigkeit in sprachlichen Formulierungen

Antragsteller/in: Rieger, Thorsten A. (vKV Neunkirchen)

Unterschrift: _____

Status: eingereicht

Geschlechtergerechtigkeit in sprachlichen Formulierungen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Verwendung von geschlechtergerechten Formulierungen ein. Er schreibt dabei jedoch ausdrücklich keine bestimmte Schreibweise vor.

Die Verwendung sowohl des generischen Maskulinums als auch des generischen Femininums sollte vermieden werden. Stattdessen sollten Frauen und Männer explizit als solche bezeichnet werden (Paarformen), oder sollten Personen bezeichnet werden, ohne das Geschlecht zu bezeichnen, oder sollten keine Personen bezeichnet werden.

Die Verwendung von Schreibweisen, die die Lesbarkeit und/oder die Vortragbarkeit von Texten erschweren, sollte vermieden werden. Der Landesvorstand wird beauftragt, Satzung und Programm sinnwährend entsprechend diesen Vorgaben zu überarbeiten.

Begründung:

Statt "Jede/r, der/m dazu etwas einfällt, schreibt ihre/seine Ideen auf einen Zettel und gibt ihn an ihre/ihren/seine/seinen Nachbarin/Nachbarn weiter." ist "Schreibt eure Ideen auf einen Zettel und gebt ihn an den Nächsten oder die Nächste weiter." wesentlich besser lesbar.

Ebenso ist "Liebe ZuhörerInnen ..." oder "Liebe Zuhörer_innen ..." oder "Liebe Zuhörer*innen ..." im Rahmen eines Vortrages nicht wirklich vortragbar.